

KOLLOQUIUM ZUM JAHRESTHEMA

Neue Wege in der Demokratie

am 19. April 2013, Rathaus Stuttgart

Bericht von Alessia Scheel

„Neue Wege in der Demokratie“ – dieses Jahresthema stand über dem Kolloquium am Vortag der Preisverleihung. Es sind Wege, gebahnt vom Preisträger und den drei Medaillenträgern 2013:

Der Preisträger Daniel Cohn-Bendit füllt die verschlungenen Bahnen der EU-Bürokratie mit Leben, die Medaillenträgerin Constanze Kurz bringt Klarheit in den Datenschwungel des World Wide Web, die Organisation Finance Watch beleuchtet die unüberschaubaren Pfade der internationalen Finanzmärkte und der Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg baut eine Brücke zu den Bürgern.

Ziel des Kolloquiums war es, diese Wegstrecken der Preis- und Medaillenträger für alle Anwesenden nachvollziehbar zu machen. Sie sollten Einblicke in Arbeit und Beweggründe der Auszuzeichnenden erlangen und tiefer in die Thematik des Jahresthemas einsteigen. Im Anschluss sollte eine Diskussion folgen. Mit diesen Ankündigungen hieß **Ludwig Heuss** alle Anwesenden willkommen. Das Jahresthema ist von anhaltender großer Bedeutung, denn „Demokratie muss man immer wieder neu erkämpfen, neu erarbeiten. Für die Demokratie stellen sich immer wieder neue Herausforderungen durch gesellschaftliche Veränderungen, aber auch durch technische Veränderungen, durch politische oder ökonomische Veränderungen“.

Darum widmete sich das Kolloquium ausschließlich dem Jahresthema.

Daniel Cohn-Bendit:

Wenn ein Politiker sagt: Es gibt keine Alternative, dann muss man aufstehen und gehen.

Daniel Cohn-Bendit begann die Veranstaltung mit einem Impulsreferat. Neue Wege in der Demokratie seien Folge der Veränderungen im politischen Verständnis: Die traditionelle Auseinandersetzung zwischen rechts und links orientierter Politik diene nicht mehr dazu, politische Leitlinien zu entwickeln. Dies werde besonders deutlich im vereinten Europa. Hielten Parteien und Bürger jedoch an Vergangenen fest, seien sie nur eingeschränkt handlungsfähig. Aus diesem Grund hat Daniel Cohn-Bendit, Ko-Vorsitzender der Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament, das Buch „Für Europa“ zusammen mit dem Vorsitzenden der liberalen Fraktion, Guy Verhofstadt, geschrieben und damit für Unverständnis bei beiden Parteien gesorgt.

Wie schwer der Weg zu einem vereinigten Europa ist, verdeutlichte Daniel Cohn-Bendit am Beispiel des europäischen Haushalts. Beim europäischen Haushalt, der zu 90% durch nationale Beiträge bestückt wird, ständen oft nationale Interessen im Vordergrund nach dem Motto: „We want our money back“. Der europäische Haushalt stellt nur 1% des europäischen Bruttoinlandsprodukts dar, wohingegen beispielsweise der amerikanische Haushalt 23% des amerikanischen Bruttoinlandsprodukts bemisst. Der europäische Haushalt muss zudem einstimmig beschlossen werden – eine fast unmögliche Aufgabe. Viele politische Akteure links wie rechts hätten derzeit eine Renationalisierung zum Ziel, so Daniel Cohn-Bendit. Auch bei der Verteilung des Geldes zwischen Ländern in der Krise und reichen Ländern helfe die Differenzierung in rechte und linke Politik nicht weiter.

„Parteien sind in der Parteiendemokratie resistent gegenüber der Realität.“ Auf einem neuen Weg in der Demokratie spricht sich Daniel Cohn-Bendit dafür aus, Initiativen zu stärken, die sich nicht parteipolitisch reduzieren. Ein neuer Weg hieße, die Parteilinie zu verlassen, zu provozieren. So seien neue Denkansätze möglich.

Politik sei keine Mathematik. „Und wenn irgendein Politiker Ihnen sagt: Es gibt keine Alternative, dann muss man aufstehen und gehen. Es gibt keine Äußerung, die undemokratischer ist als die: Es gibt keine Alternative.“ Daniel Cohn-Bendit schilderte so seinen Traum von Parteien, die interne Diskussionen und mögliche Risiken transparent machen, so dass die Wähler/innen entscheiden können, welches Risiko sie mit welcher Partei teilen wollen. „Jede politische Entscheidung ist eine Risikoentscheidung“.

Der Preisträger schloss mit einer Zusammenfassung: Die politischen Kategorien seit 1945 stimmten nicht mehr. In der jetzigen Übergangsphase müssten neue Methoden und neue Formen der Artikulation der Politik definiert werden. Würden diese neuen Wege nicht beschritten, werde eine Plattitüden-Demokratie fortgesetzt.

Diskussion: *Dani träumt von Europa.*

Gerhart Baum verband Daniel Cohn-Bendits Vortrag mit einem aktuellen Beispiel: dem Bundestagswahlkampf 2013, in dem oftmals Alternativlosigkeit proklamiert wird. Beatrice von Weizsäcker ergänzte, dass auch in den Wahlkämpfen in Bayern und Hessen an den Kriterien rechter und linker Parteien festgehalten werde und der Fraktionszwang über der inhaltlichen Diskussion stehe. Ihrer Meinung nach besteht aber noch die Unterscheidung in rechts und links, z.B. in Bezug auf die Frage der Gleichverteilung von materiellen und immateriellen Selbstbestimmungschancen. Daniel Cohn-Bendit widersprach hier, diese Unterscheidung sei inzwischen inhaltsleer: in der Euro-Krise hätten rechte wie linke Regierungen ein technokratisches Politikverständnis und delegierten ihre Macht an die demokratisch nicht legitimierte Troika. In Bezug auf den Fraktionszwang stimmte er zu, Strukturen seien nötig, damit die Macht funktioniere. Jedoch sollten sie nicht nur zum Machterhalt dienen, wie es derzeit der Fall sei. Dann müssten diese Strukturen aufgebrochen werden. Im Europäischen Parlament müssten jetzt schon ständig fraktionsübergrei-

fende Kompromisse gefunden werden, da sich sozialdemokratische und christdemokratische Parteien in den einzelnen Ländern ohnehin sehr unterschieden. Daniel Cohn-Bendit sprach auch über die Kompetenz des Europäischen Parlaments im Mitentscheidungsverfahren, die durch den Vertrag von Lissabon größer geworden sei. Er beschrieb, dass in der EU keine durchgehende Gewaltenteilung herrsche, wenn man das Zusammenwirken von Europäischem Rat und der EU-Kommission näher beleuchte. Auch in Bezug auf die Entscheidungsgewalt der einzelnen Länder bestehe ein Ungleichgewicht: Für die Kommission sei grünes Licht aus Berlin oftmals von ausschlaggebender Bedeutung. Der Bundestag habe auch als einziges Parlament die Griechenlandhilfe beschlossen.

Daniel Cohn-Bendit kam auf Nachfrage nochmals auf sein Buch zu sprechen, dem das Ziel einer Enttechnologisierung hin zu einer Politisierung europäischer Entscheidungen zu Grunde liegt. Die politischen Kulturen Europas seien sehr unterschiedlich, allein schon in der parlamentarischen Demokratie Deutschlands und der Exekutivdemokratie Frankreichs. Das Buch formuliert idealtypische Vorschläge: Das Europäische Parlament schlägt nach der Europawahl 2014 einen Konvent zur Formulierung eines neuen Europäischen Grundgesetzes vor. Darin werden die Frage nach dem Warum und dem Wie in Europa sowie die europäische Charta der Grundrechte (neu) definiert. Dieser Vorschlag wird dann in ganz Europa im Volk abgestimmt.

Und weiter noch schilderte Daniel Cohn-Bendit seine Visionen von einer vollkommenen Währungseinheit, einer europäischen Armee und europäischen Botschaften, woraufhin Lothar Mahling der Diskussion die Überschrift „Dani träumt“ gab. Um parlamentarische und Exekutivdemokratien zu vereinen, sollte Europa auf drei Säulen ruhen. Neben das europäische Parlament könnte ein neu geschaffener Senat treten. In ihm sollen die Regierungen der Mitgliedsländer als zweite Kammer fungieren ähnlich dem Bundesrat in Deutschland. Der Präsident der Kommission sollte direkt vom europäischen Volk gewählt werden. Der Präsident hätte dann die gleiche demokratische Legitimation wie die Regierungschefs.

Gesine Schwan äußerte hierzu Bedenken. Sie befürchte, dass auch ein so gewählter Präsident doch vom Europäischen Rat überflügelt werden könnte.

Um neue Wege zu denken und sich für Ideen von Initiativen zu öffnen, bräuchten die Parteien einen „Ausschuss zum Zuhören“, so Daniel Cohn-Bendit. Er lobte daher die Idee der Piraten, die partizipative Demokratie über das Internet neu zu gestalten, da die meisten Menschen sich nicht täglich mit der Politik auseinandersetzen, sondern nur zu bestimmten Entscheidungen ihre Meinung sagen wollten.

Diesen Punkt nahm Gerhart Baum auf. Er erkenne ebenfalls eine Krise der derzeitigen Demokratie. Die Menschen glaubten nicht mehr daran, dass die Politik auf das Gemeinwohl gerichtet sei. Rate er aber jemanden, der sich nicht ausreichend wahrgenommen fühlt, in eine Partei einzutreten, schlage dieser die Hände über dem Kopf zusammen.

Und in Bezug auf ein vollkommenes Europa müsse eine Zivilgesellschaft über die Grenze erst noch zusammenwachsen. Dabei sei aus deutscher Sicht zu fragen, inwieweit die deutsche Nachkriegsidentität, wie sie sich vor allem in den Grundrechten niederschläge, bewahrt werden könne.

Gesine Schwan gab sodann Einblick in die Hintergründe, wie das Jahresthema gefunden wurde: Vorstand und Kuratorium der Theodor Heuss Stiftung seien sich darin einig gewesen, dass die Fragen und Antworten der repräsentativen Demokratie einerseits nach wie vor gültig seien, eine solche Art der Demokratie also nicht ersetzt werden müsse. Andererseits müsse dem Neues entgegengesetzt werden, Spannung erzeugt werden, um weitere Entwicklungen zu erreichen. So sei das Motto „Neue Wege in der Demokratie“ entstanden und formuliert worden.

Daniel Cohn-Bendit beendete den ersten Teil der Veranstaltung mit einem kleinen Fazit. Da sich die Welt öffne, sollen sich auch die Politik und alle Bürger für neue Wege in der Demokratie öffnen. Ein europäisches Bewusstsein müsse und werde entstehen. Einzeln würde in 30 Jahren kein europäisches Land mehr Bedeutung haben. Die entscheidende Frage sei daher: „Wollen wir noch in der Welt gestalten?“ – und das gehe nur durch Europa.

Charlotte Geiger (Finance Watch):

Wenn der Kaiser keine Kleider hat, dann sagen wir, dass er nackt ist.

Charlotte Geiger sprach nun für Finance Watch. Sie ist zuständig für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und vertrat den Generalsekretär, der wegen der jährlichen Mitgliederversammlung verhindert war.

Sie schilderte den historischen Moment, der zur Gründung der Organisation führte – die Finanzkrise 2007/2008: In der Bevölkerung wuchs das Bewusstsein, „dass Staaten auch mittlerweile erpressbar sind von Finanzmarktakteuren, dass Steuerzahler dafür geradestehen müssen und Banken gerettet werden müssen, dass hochriskante Spekulationen betrieben werden.“ Das Finanzsystem sei außer Kontrolle geraten. Darauf folgte der Ruf zur Gründung von Finance Watch – zunächst durch 20 Europa-Abgeordnete im Sommer 2010. Bis zum November 2010 schlossen sich europaweit 200 Politiker zusammen, die diese Initiative unterstützten. Im November 2011 nahm Finance Watch seine Arbeit mit 5 Mitarbeitern auf.

Dann berichtete Charlotte Geiger über die aktuelle Lage: Ungefähr 30 Gesetzesinitiativen, Richtlinien und Verordnungen zur Finanzmarktregulierung würden derzeit diskutiert. Dabei nähmen in Brüssel 700 Lobbyisten der Finanzmärkte mit einem geschätzten Budget von 300 Millionen Euro Einfluss. Finance Watch mit 13 Mitarbeitern und einem Budget von 2 Millionen Euro sehe sich als Gegengewicht, als die Stimme der Bevölkerung Europas für das Gemeinwohl. Finance Watch spreche offen an, wenn Vorhaben nur Privatinteressen dienen und der Gesellschaft schaden: „Wenn der Kaiser keine Kleider hat, dann sagen wir, dass er nackt ist“.

Das Finance-Watch-Team vereint Menschen aus verschiedenen Nationen und beruflichen Spezialgebieten. Viele kommen aus der Finanzbranche und tragen so dazu bei, dass Finance Watch den Lobbyisten in der EU und den nationalen Parlamenten auch auf fachlicher Ebene die Stirn bieten kann. Charlotte Geiger skizzierte die Aufgaben von Finance Watch: Zu Beginn stehe die Analyse von Gesetzesvorhaben. Darauf folge der Austausch zwischen den 71 Mitgliedsorganisationen (auch aus Deutschland, z.B. ver.di, DGB, Transparency International), die sich in Arbeitsgruppen zusammenschließen. Sehr wichtig sei dann die Kommunikation mit der Öffentlichkeit. Und schließlich betreibe auch Finance Watch Lobbying im Sinne einer Interessenvertretung der Zivilgesellschaft.

Charlotte Geiger sprach sich dafür aus, dass sich Lobbygruppen auch in Deutschland zugunsten größerer Transparenz registrieren lassen müssten. Sie machte am Beispiel des Trennbankensystems deutlich, dass derzeit alles zunächst auf nationalstaatlicher Ebene und dann - nicht koordiniert, ja teils kollidierend - auf EU-Ebene diskutiert und somit kein gemeinsamer europäischer Weg beschritten werde. Zwar sei die Finanztransaktionssteuer ein guter Ansatz, das Anliegen von Finance Watch sei jedoch die gesamte Reform des Finanzmarktes, so dass eine neue Finanzkrise verhindert werde. Immerhin machten die 15 größten der 8000 europäischen Banken 150% des Bruttoinlandsprodukts Europas aus.

Daniel Cohn-Bendit fügte noch an, einer der Gründer von Finance Watch, Pascal Confin, sei nun Entwicklungsminister in Frankreich. Abschließend betonte Charlotte Geiger, dass heute keine EU-Abgeordneten mehr bei Finance Watch tätig seien, so dass die Unabhängigkeit der Organisation gesichert sei.

Andreas Geisel (Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg):

Die Politik darf nicht denken, dass die Bürger stören.

Andreas Geisel, Bezirksbürgermeister von Berlin-Lichtenberg, ergriff nun das Wort. Er beschrieb Berlin-Lichtenberg als einen der zwölf Berliner Bezirke. Berlin-Lichtenberg ist mit 260.000 Einwohnern eine mittlere deutsche Großstadt. Ausgangspunkt des Bürgerhaushalts war die Frage, was kann man tun gegen sinkende Wahlbeteiligung und Distanz, gar Misstrauen gegenüber Politik und Verwaltung, wenn sich die Bürger ins Private zurückziehen und die Demokratie in Frage stellen? Die Antwort fand Berlin-Lichtenberg 2005 als erste deutsche Großstadt in einem Bürgerhaushalt, der die Bürger an finanziellen Entscheidungen beteiligt.

Das gesamte Haushaltsbudget Berlin-Lichtenbergs beträgt 670 Millionen Euro. 30 Millionen davon sind politisch verfügbar. Über deren Verwendung wird im Bürgerhaushalt diskutiert, bevor die Bezirksverordnetenversammlung (das Parlament) und die Bezirksverwaltung den Haushalt festlegen.

Andreas Geisel referierte über die Grundbestandteile des Bürgerhaushalts: Ein Haushalt müsse verständlich sein. Die Bürger müssten informiert werden, wie ein komplexer Haushalt funktioniert. Dies geschieht durch Broschüren, Veranstaltungen und das Internet. Diese Beratung stelle den größten Aufwand dar; doch habe man gemerkt, dass die Qualität der Vorschläge, die die Bürger einreichen, ohne Information

merklich nachlasse. Der Bürgerhaushalt definiere sich als Vertrag zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft. Um allen Bürgern eine Beteiligung zu ermöglichen, können Vorschläge auf drei Wegen eingereicht werden: über das Internet, die Bürgerveranstaltungen vor Ort oder schriftlich. Auf der Homepage des Bürgerhaushalts wird dann über alle Vorschläge Bericht erstattet. „Wir können nicht garantieren, dass jeder Vorschlag wirklich umgesetzt wird, aber wir garantieren, dass wir über jeden Vorschlag Rechenschaft ablegen und sagen, warum ist er umgesetzt worden, warum ist er nicht umgesetzt worden, oder wann wird er umgesetzt“. Es gehe um Transparenz. Die Diskussion mit Ämtern, Politikern und anderen Bürgern müsse nachvollziehbar gestaltet werden.

So gehen im Jahr 300 Vorschläge ein, die tatsächlich in der Bezirksverordnetenversammlung behandelt werden. Ein Großteil davon werde auch beschlossen und umgesetzt.

2012, nach sieben Jahren Bürgerhaushalt, habe der Enthusiasmus abgenommen, schilderte Andreas Geisel. Es wurde Zeit für Verbesserungen. Neu sei die Gestaltung der Internetseite. Zudem können die Bürger nun ganzjährig Vorschläge einreichen. Eine Parkbank in der Sonne im Stadtpark für 500-1500 € könne auch ohne Beteiligung des Parlaments aufgestellt werden. Außerdem werde der unmittelbare Dialog zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung ausgebaut: alle Bürger, die Vorschläge machen, werden eingeladen – zu mittlerweile bereits vier Terminen.

All dies gehe von dem Traum aus, dass alle Wahlberechtigten sich beteiligen. Natürlich fordere der Bürgerhaushalt auch von den Bürgern Zeit, Aufwand, Engagement und Verantwortungsübernahme, auch für unangenehme Entscheidungen, wie die Schließung von Schulen. So sei man in Berlin heute stolz auf die 10.500 Bürger, die sich am Haushalt 2013 beteiligt haben. Davon brachten 1200 bei den Versammlungen, 3200 im Internet und 6100 schriftlich ihre Vorschläge ein. Zu Beginn des Bürgerhaushalts beteiligten sich nur 4000 Bürger.

Die Bedingung für diesen Erfolg sei: „Die Politik darf nicht denken, dass die Bürger stören.“ Hierzu haben sich in Berlin-Lichtenberg alle Parteien bekannt – unabhängig von der jeweiligen Regierung. Zwar koste ein solcher Bürgerhaushalt, der inzwischen in 300 deutschen Kommunen eingeführt wurde, viel Zeit. Es lohne sich aber unbedingt: „Insgesamt, denke ich, dient ein solcher Bürgerhaushalt dazu, Vorurteile abzubauen, der Verwaltung eine Entscheidungskompetenz und mehr Information zur Verfügung zu stellen und die Bürgerinnen und Bürger stärker an der Demokratie zu beteiligen.“ Diesem positiven Ergebnis fügte Andreas Geisel noch einen Wehmutsstropfen hinzu: die 50%, die sich nicht an den Wahlen beteiligen, werden auch beim Bürgerhaushalt (noch) nicht gesehen.

Zum Schluss verlieh Andreas Geisel nochmals seiner Freude über die Anerkennung Ausdruck. Er hoffe, dies möge auch andernorts zur Bildung von Bürgerhaushalten anregen.

Constanze Kurz:

Der Geist ist nicht mehr in die Flasche zurückzubringen.

Gerhart Baum stellte sodann Constanze Kurz vor als eine der Aktivistinnen auf dem Felde der Datensicherheit und des Datenschutzes und zugleich Sachverständige des Bundesverfassungsgerichts bei der Online-Durchsuchung, der Vorratsdatenspeicherung und der Antiterror-Datei sowie in der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages „Internet und digitale Gesellschaft“.

Constanze Kurz schilderte zunächst ihre Erfahrungen während ihrer Tätigkeit bei dieser Kommission. Tausende Interessierte konnten die Enquête-Sitzungen live vor Ort oder auf der Website verfolgen. Der Bundestag setzte das technische Beteiligungswerkzeug Advocacy ein, ein technisches Tool vergleichbar mit der Abstimmungssoftware der Piratenpartei. Es stellten sich ähnliche Fragen wie beim Bürgerhaushalt. Wie können die Bürger bei der Abstimmung mitmachen: Reicht die Emailadresse aus oder besteht dann die Gefahr, dass Lobbygruppen unbemerkt Einfluss auf spätere Gesetze nehmen? Sind die Abstimmungen bindend oder werden dann die gewählten Mandatsträger delegitimiert?

Constanze Kurz positionierte sich als entschiedene Verfechterin, interessierte Bürger politisch zu beteiligen. Dies könne schon auf niedriger Schwelle durch technische Möglichkeiten gelingen. Solche Möglichkeiten müssten im Rahmen der verfassungsrechtlichen Grenzen ausgeformt werden. Hierzu nannte sie als Beispiel die Wahlcomputer. „Der Geist ist nicht mehr in die Flasche zurückzubringen“. Eine solche Beteiligung gelinge freilich nur mit Transparenz. Im Bundestag herrsche jedoch manchmal das Gefühl, dass die Bürger stören. So entschied sich die Mehrheit der Arbeitsgruppen in der Enquête-Kommission für nicht-öffentliche Tagungen, da anders gesprochen werde, wenn Zuschauer die Diskussion beobachten.

In diesem Zusammenhang verwies Constanze Kurz auf das deutsche Informationsgesetz, an dem nur sehr wenige - in einer Art „Diktatur der Aktiven“ - mitwirken. Sie berichtete von ihrer Arbeit im Beirat in Rheinland-Pfalz, der eine Überarbeitung des Informationsgesetzes anstrebt. Trotz anfänglicher Zusatzkosten ließen sich langfristig Kosten sparen, wenn Informationen zur Verfügung gestellt werden.

In ihrem Schlusswort gestand sie ein, dass ihre Erfahrungen beim Informationsfreiheitsgesetz wie auch mit Advocacy nicht sehr positiv seien. Jedoch glaube sie an eine positive Zukunft dieses Tools, da die Digitalisierung diesen Weg vorgebe. Dabei bestehe allerdings eine Gefahr: Werde erwartet, dass auf eine Information sofort reagiert wird, gehe dies auf Kosten der inhaltlichen Tiefe, also zulasten einer sachgerechten, gut überlegten Entscheidung.

Constanze Kurz appellierte daher zum Schluss, bei der Umsetzung technischer Kommunikationsformen im Entscheidungsprozess gleich Bremsen mit einzubauen.

Diskussion: Es bleibt noch ein langer Weg.

Gerhart Baum eröffnete sodann die abschließende Diskussion. Beatrice von Weizsäcker nahm das Problem der Beschleunigung und Überfütterung in der Demokratie nochmals auf, das dazu führe, dass die Menschen nicht mehr zuhören. Als mögliche Reaktion beschrieb **Constanze Kurz**, dass die technischen Filter, die auch durch die klassischen Medien hergestellt werden, eine größere Funktion erhalten und neu angewöhnt werden müssten. Technische Filter könnten eine Entschleunigung erzwingen durch Vorgaben in Bezug auf Abstimmungszeiträume oder die Häufigkeit von Klicks. So ließen sich auch Empörungswellen in Schach halten. Der „Break-even-Point“, an dem es nicht mehr schneller gehen kann, sei bereits erreicht. Wir als Bürger sollten die „Schnellschleier“ auch nicht zu stark mit unserer Aufmerksamkeit belohnen, sondern die, die ernsthaft dazu was zu sagen haben.“ Gesine Schwan wies darauf hin, dass menschliche Filter auch schon in Form des Nicht-mehr-Hinhörens existierten. Man müsse wieder mehr Hinschauen, einen Filter durch Fokussierung gestalten.

Insgesamt aber lobte Constanze Kurz das Netz als Informations- und Wissensmaschine, die eine politische Beteiligung ermögliche. Die damit verbundene Transparenz könne dazu führen, dass die Politiker nicht nur Phrasen dreschen, sondern in einer offenen, ehrlichen Diskussion auch Risiken und Nachteile thematisieren. Defizite, wie sie derzeit durch die Wikileaks-Debatte aufgedeckt würden, blieben aus. Gerade die Europäer mit funktionierenden Demokratien müssten rechtliche Regeln schaffen, die die Anonymität im Netz ermöglichen. In Bezug auf den Datenschutz sollten die Bürger in den nächsten Jahren zunächst selbst zu einer digitalen Mündigkeit finden.

Diesen Gesichtspunkt nahm Gerhart Baum nochmals auf und schloss mit der Forderung, dass der Schutz der Privatheit auch ins Völkerrecht aufgenommen werden müsse.

Weil die Beteiligung der Bürger doch auch einen sozialen Gehalt beinhaltet, bat Gesine Schwan **Andreas Geisel**, über seine Erfahrungen zu berichten. Tatsächlich besuchten vor allem ältere Menschen die Veranstaltungen vor Ort, im Internet seien es eher jüngere Menschen. Vereine erwiesen sich hier als Lobbygruppen. Die Aktiven bestimmten. Hier greife die Bezirksverordnetenversammlung jedoch als ausgleichendes Korrektiv ein und wirke insoweit noch immer von oben. Wünschenswert wäre jedoch letztlich eine Demokratie von unten.

Charlotte Geiger ging auf das von Gesine Schwan aufgezeigte Problem ein, dass Finance Watch auch transnational Lobbying betreiben muss, wo sich die gleichen gesetzgeberischen Herausforderungen stellen. Finance Watch werde auf der Expertenebene mittlerweile ernst genommen und erhalte auch national Gehör. Die europäische Öffentlichkeit nehme jedoch nicht viel Notiz, da die Medien kaum über Stellungnahmen von Finance Watch berichteten. Sie stimmte Gesine Schwan zu, dass die nationalen Öffentlichkeiten miteinander verbunden werden müssen, damit auf europäischer, gar globaler Ebene eine Lösung entstehen könne. Beim Thema Eurokrise machte Charlotte Geiger deutlich, dass man nicht „auf der Mitte

des Weges stopp machen“ kann. Auch Daniel Cohn-Bendit stimmte dem zu, dass sich die Welt weiter entwickelt habe und man nicht wieder zurück „zur Kutsche“ könne.

Peter Eigen lobte zum Schluss alle Ausgezeichneten und berichtete aus seinen Erfahrungen als Gründer von Transparency International: Zwischen der Bewusstseinsbildung für wichtige Änderungen und neue Wege und deren politischer Umsetzung gebe es einen Zeithorizont. Durch die neue Technologie könne es geschehen, dass sich das Bewusstsein so schnell entwickle, dass die Instrumente zu seiner Umsetzung noch nicht zur Verfügung stünden. Angesichts dessen sei Finance Watch in kurzer Zeit erstaunlich weit gekommen. Bis sie jedoch überall gehört würden, werde es noch mehrere Jahre dauern.

Gesine Schwan brachte nochmals auf den Punkt, dass neue Wege auch bedeuten, mentale Veränderungen voranzubringen.

Zusammenfassung: *Wollen wir noch in der Welt mitgestalten?*

Martina Weyrauch beschied in ihrer Zusammenfassung, „dass es richtig war, dass wir uns für den Preisträger und für die Medaillengewinner entschieden haben“. Dem stimmten alle Teilnehmer/innen durch Beifall zu. Sie fasste die Diskussion nochmals zusammen:

Neue Wege in der Demokratie bergen zugleich Gefahren, wie die Beschleunigung oder Fragmentierung. Über allem steht die Frage: „Wollen wir noch in der Welt mitgestalten und wie?“ Wo finden wir Orientierung, wenn die traditionelle Auseinandersetzung zwischen rechts und links verschwindet? Sie hob hervor, dass eine repräsentative, von Parteien bestimmte Demokratie wichtige Stabilität biete. Auf der anderen Seite braucht sie jedoch provokante, direktdemokratische Einflüsse von außen. Partizipative Prozesse müssen neu gestaltet werden. Doch auch auf neuen Wegen gilt es, Wesentliches, wie die Grundrechte, zu bewahren. Sie schloss damit, dass wir alle auf diesen neuen Wegen noch viel zu lernen haben, besonders, was die technische Kompetenz betrifft.

Am Ende des etwa vierstündigen sachlich geführten und aufschlussreichen Kolloquiums bedankten sich Gerhart Baum und Gesine Schwan schließlich bei allen Teilnehmer/innen und Mitwirkenden. Zuletzt verabschiedete Ludwig Heuss alle Anwesenden bis zum nächsten Mal.